

Kompetente Alltagsarbeit – zukunftsweisende Akzente

Zwei Jahre Regierungsmehrheit von SP und Grünen trägt Früchte

April 2008



Kanton Bern



Canton de Berne



GRÜNE LES VERTS

Kanton Bern Canton de Berne

Kompetente Alltagsarbeit – zukunftsweisende Akzente

Zwei Jahre Regierungsmehrheit von SP und Grünen trägt Früchte

1. Der Rückblick

1.1. Einleitung

Gross war die Überraschung, als am 9. April 2006 mit Barbara Egger (SP), Philippe Perrenoud (SP), Bernhard Pulver (Grüne) und Andreas Rickenbacher (SP) eine Kandidatin und drei Kandidaten der SP und der Grünen in den Regierungsrat gewählt wurden. Kaum jemand hatte mit einem solchen Resultat gerechnet. Rasch fragten sich die Kommentatoren, wie sich die rotgrüne Regierung in einem bürgerlich geprägten Kanton positionieren werde. *«Was wird, so fragt sich nun mancher (mit Vorfreude oder besorgt), die neue rot-grüne Regierungsmehrheit ändern?»,* schrieb am 10. April 2006 *Der Bund*. Teilweise wurden Befürchtungen laut, dass sich die rotgrüne Regierungs- und die bürgerliche Parlamentsmehrheit gegenseitig lähmen könnten. Die Berner Rundschau hielt fest: *«Die Gefahr besteht jedoch, dass ein Zickzack-Kurs eine kohärente Politik verunmöglicht. Dass es nicht soweit kommt, wird vermehrt in der Hand der Mittelparteien liegen. Sie werden noch stärker als bisher ihre politische Verantwortung wahrnehmen müssen.»* Es gab aber auch relativierende Stimmen. Bruno Utz schrieb in der Berner Rundschau: *«Von Rot-Grün ist keine Revolution zu befürchten: Sachgeschäfte müssen vors Volk, und das ist weiterhin bürgerlich.»*

Zwei Jahre nach der Regierungsratswahl ist die Zeit reif für eine erste Auswertung. Um es vorweg zu nehmen: Die Bilanz der rotgrünen Regierung fällt gut aus. Der Regierungsrat macht in der neuen parteipolitischen Zusammensetzung nicht alles anders, aber vieles besser. Dies zeigt nicht zuletzt die gute, konsens- und lösungsorientierte Stimmung im Regierungsteam. Der Regierungsrat präsentiert mehrheitsfähige Vorlagen mit klaren rotgrünen Akzenten. Ein Beispiel dafür ist der von einer Rot-Grün-Mitte-Allianz eingebrachte und von der Regierung getragene Volksvorschlag zum Steuergesetz. Weitere Beispiele sind zahlreiche ausgewogene und deshalb erfolgreiche Kompromisse im Grossen Rat. Kurz und gut: Die rotgrüne Regierung findet mit ihrer kompetenten, undogmatischen Arbeitsweise Anklang.

Als der neugewählte Regierungsrat im Juni 2006 seine Arbeit aufnahm, präsentierte sich Bern als Kanton, der noch weit im Schuldensumpf der 1990er Jahre

steckte und weder wirtschaftliche noch politische Dynamik zu erwecken vermochte. Nach innen korrespondierte diese Sichtweise mit einem stur und innovationsfeindlich umgesetzten Primat der Finanz- und Sparpolitik. Obwohl Bern den Weg aus der Defizitwirtschaft bereits Ende der 1990er Jahre gefunden hatte, fand der Kanton nicht aus dem Jammertal heraus. Die engstirnige Fixierung auf die Finanzpolitik hatte eine lähmende Wirkung. Während der Legislaturperiode 2002 bis 2006 trat dies besonders deutlich zutage.

Die neue Regierungsmehrheit hat nach ihrem Amtsantritt im Juni 2006 eine wohltuende Kurskorrektur eingeleitet. Seither besteht Politik im Kanton Bern wieder aus verschiedenen aufeinander abgestimmten Teilpolitiken – und nicht ausschliesslich aus Finanzpolitik. Dieser programmatische Kurswechsel wird im Voranschlag für das Jahr 2007 vom Regierungsrat erläutert: *«Es muss in Zukunft nach Auffassung des Regierungsrates nach wie vor das Primat der Finanzpolitik gelten, aber in einem umfassenderen Sinn als bisher. [...] Dieses umfassendere Verständnis der Finanzpolitik lässt somit in Einzelfällen gezielte Abweichungen vom sehr strengen, bisweilen mechanistischen Kurs der bisherigen Entschuldungs- und Sparpolitik zu.»* Es war höchste Zeit, dass diese behutsame Korrektur vorgenommen wurde. Nur so ist eine zukunftsfähige Entwicklung eines Gemeinwesens möglich.

1.2. Mehrheitsfähige langfristige Lösungen statt kurzfristiger Effekthascherei

Im September 2006 präsentierte der Regierungsrat seinen Richtlinienbericht. Dieser umschreibt das Credo der Regierung: *«Mit der Festlegung der Nachhaltigen Entwicklung als Grundmaxime des staatlichen Handelns will der Regierungsrat auf eine Entwicklung hinwirken, welche die hohe Qualität des Kantons Bern als Raum zum Leben, Wohnen und Arbeiten langfristig erhält.»* Der Regierungsrat will damit ermöglichen, *«dass die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen erfüllt werden können, ohne die ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ansprüche künftiger Generationen zu gefährden.»*

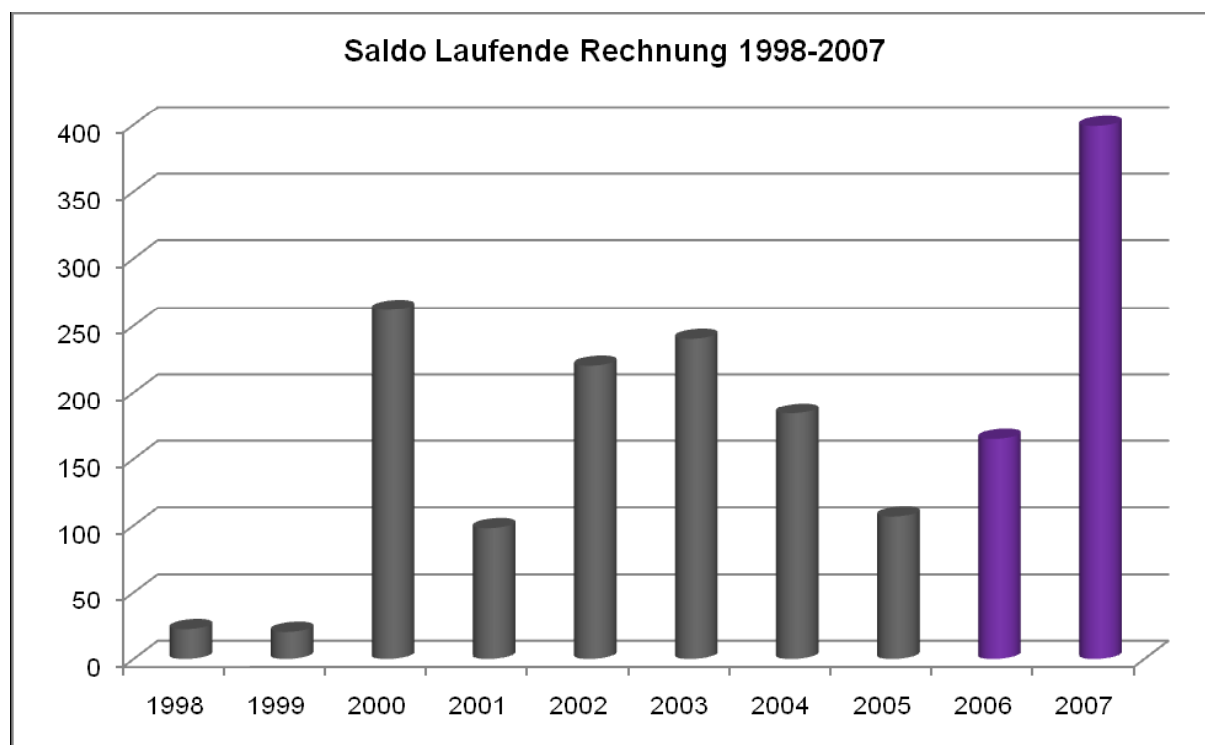
Dass die Regierung ihre Tätigkeit unter das Gesamtmotto der nachhaltigen Entwicklung stellt, hatte nicht nur für den Kanton Bern Innovationswert. Der Regierungsrat nahm damit ein Konzept auf, welches in den kommenden Jahren weltweit zu einem der dominierenden Paradigmen der Politik werden dürfte: Nur wenn es uns gelingt, einen verantwortungsvolleren, sorgsameren Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen zu finden, werden wir unseren Lebensstandard langfristig halten können.

Die Orientierung des Regierungsrates am Konzept der Nachhaltigkeit korrespondiert nach innen mit der sachlichen, ausgewogenen und kompromissorientierten Arbeitsweise der neuen Kantonsregierung. Es sei nicht verschwiegen,

dass man sich aus rotgrüner Parteiperspektive in den vergangenen 22 Monaten in Einzelfällen ein noch pointierteres Auftreten des Regierungsrates hätte vorstellen können. Dies gilt beispielsweise für die Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich der Familienzulagen. Sowohl aus familienpolitischen Gründen wie auch aus Erwägungen der interkantonalen Standortattraktivität wäre eine höhere Ansetzung der obligatorischen Familienzulagen zentral gewesen. Angesichts der politischen Rahmenbedingungen – namentlich der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat – ist das konsensorientierte Vorgehen des Regierungsrates insgesamt aber sinnvoll. Die Volksabstimmung über den Volksvorschlag zur Steuergesetzrevision zeigt auf, dass sorgfältig ausgewogene rotgrüne Vorlagen auch in umstrittenen Politikbereichen mehrheitsfähig sind. Diese Erkenntnis ist für die künftige Kantonspolitik von erheblicher Bedeutung.

1.3. Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Um den Kanton Bern attraktiver zu machen, Leistungsangebote optimieren oder neu anbieten zu können, braucht es die entsprechenden finanziellen Ressourcen. Deshalb hat die neue Regierungsmehrheit zu Recht von Anfang an auf eine nachhaltige Wirtschafts-, Standort- und Finanzpolitik geachtet, die stabile Finanzpolitik der letzten Jahre weitergeführt sowie entsprechende Prioritäten bei den Investitionen gesetzt. Dies wird unter anderem an den guten Abschlüssen der Laufenden Rechnung wie auch an der Selbstfinanzierung bzw. dem Finanzierungssaldo ersichtlich.



Die Rechnungsergebnisse der letzten zwei Jahre zeigen, dass sich eine stabile Finanzpolitik durchaus mit Verbesserungen des Leistungsangebots und fairen Arbeitsbedingungen verträgt. Nachdem sich das Berner Kantonspersonal während Jahren mit einer Beschränkung des Lohnsummenwachstums auf 1% zufrieden geben musste, passte die neue Regierungsmehrheit die kantonale Lohnpolitik den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an und ermöglichte konjunkturell angemessene Lohnanstiege um ein zusätzliches Lohnprozent. Die Anerkennung der Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons durch die neue Kantonsregierung wird auch anderswo sichtbar: Nachdem die bürgerliche Regierung das Personal mit Verschlechterungen im Lohnsystem gegen sich aufgebracht hatte, ermöglichte die neue Regierung mit der Empfehlung für einen Verzicht auf den Primatwechsel bei den Pensionskassen eine Beruhigung der Situation. Die schrittweise Einführung der 5. Ferienwoche ist ein anderes Beispiel für die sorgsame, konsensorientierte Politikgestaltung.

1.4. Verhältnis Regierungsrat – Grosser Rat

Vor Beginn der Legislatur wurde von verschiedener Seite die Befürchtung geäußert, dass die geteilten Mehrheitsverhältnisse im Regierungsrat und im Grossen Rat lähmende Auswirkungen auf die Politik haben könnten. Wir stellen fest, dass diese Befürchtungen unbegründet waren. Allerdings kann – und muss – man konstatieren, dass der Konsenswille bei der rotgrünen Mehrheit im Regierungsrat weit grösser war als bei der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat. Einige Beispiele illustrieren diesen Sachverhalt.

Die Vorarbeiten zur Steuergesetzrevision 2008 waren vom Regierungsrat in alter parteipolitischer Zusammensetzung getätigt worden. Dem neugewählten Regierungsrat bot sich jedoch die Möglichkeit, die Vorlage nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens anzupassen. Von dieser Möglichkeit hat der rotgrüne Regierungsrat nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht. Im Gegensatz zu diesem zurückhaltenden Vorgehen beschloss der Grosse Rat kurz darauf zusätzliche steuerliche Entlastungen für die Reichen – und fiel damit in der Volksabstimmung prompt auf die Nase. Auch in der Finanzpolitik folgte der Regierungsrat einer konsensorientierten, moderaten politischen Leitlinie.

Besonders augenfällig war die bürgerliche Konfrontationspolitik im Bereich der Energiepolitik. Obwohl der Grosse Rat kurz vorher die Energiestrategie mehr oder weniger widerspruchslos entgegengenommen hatte, verhinderten die bürgerlichen Parteien im Herbst 2007 entgegen jeglicher politischen Logik das Eintreten auf das Energiegesetz.

1.5. Nachhaltige Politik I: Die Regierung sorgt für eine ökologische Wende

Gewichtige Schwerpunkte hat die rotgrüne Regierungsmehrheit in der Umweltpolitik gesetzt. Bereits im Sommer 2006 präsentierte Energiedirektorin Barbara Egger die regierungsrätliche Energiestrategie, welche im Bereich der Energieeffizienz und des Energieverbrauchs ambitionöse Vorgaben machte. Die Energiestrategie wurde positiv aufgenommen und ermöglichte eine gewinnbringende Diskussion im Grossen Rat. Allerdings zeigt das Beispiel Energiepolitik auf, dass die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat dem sachlichen Vorgehen des Regierungsrates Grenzen setzen kann. Im September 2007 verlangte der Grosse Rat unverständlicherweise eine Sistierung der Arbeiten an der Revision des Energiegesetzes.

Dringend nötige Akzente setzt die Regierung bei den Motorfahrzeugsteuern, wo eine ökologische Reform vorgesehen ist. Der Revisionsvorschlag des Regierungsrates zum Gesetz über die Besteuerung von Motorfahrzeugen will, dass jene Rabatte auf die Motorfahrzeugsteuern erhalten, welche sich für ein sauberes Auto entscheiden. Damit leistet der Regierungsrat einen Beitrag für eine bessere Luftqualität. Die Realisierung des Trams Bern West ermöglicht zudem eine klare Verbesserung des öV-Angebots in der Agglomeration Bern.

Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher setzte ein interkantonales Feinstaubkonzept durch, welches bei Grenzüberschreitungen klar regelt, welche Massnahmen durch die beteiligten Kantone umgesetzt werden. So haben sich die Kantone zum Beispiel auf eine Tempo 80-Limite bei länger anhaltenden Überschreitungen der Feinstaubwerte geeinigt. Dieses Beispiel zeigt, dass es auch auf schweizerischer Ebene wichtig ist, dass einer der grössten Kantone rot-grün regiert wird.

1.6. Nachhaltige Politik II: Akzente in der Sozial- und Bildungspolitik

Mit der von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver vertretenen Teilrevision des Volksschulgesetzes hat der Regierungsrat die Realisierung einiger zentraler bildungs- und familienpolitischer Anliegen ermöglicht. Dazu gehört insbesondere die Verbesserung des Tagesschulangebots und die Einführung von Blockzeiten. Der Regierungsrat hat in diesem Bereich die Forderungen aus der breit abgestützten Tagesschulinitiative aufgenommen. Mit dem revidierten Volksschulgesetz besteht eine klare Grundlage, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich weiter voranzubringen.

In Zusammenhang mit dem Volksschulgesetz hat der Regierungsrat eine wichtige Pendeuz im Bereich der Integration erledigt. Mit der Verordnung über besondere Massnahmen im Kindergarten und in der Volksschule erfolgt die Um-

setzung des Integrationsartikels aus dem Volksschulgesetz. Die Gemeinden erhalten die nötige, verlässliche Unterstützung durch den Kanton.

Höchste Zeit war es für die Lehrstellenkonferenz, die im November 2006 im Rahmen eines gemeinsamen Projekts von Erziehungs- und Volkswirtschaftsdirektion erstmals stattfand. Die Regierung wies damals darauf hin, dass die Bereitstellung geeigneter Angebote für lernschwächere Jugendliche ein prioritäres Anliegen sei. Es ist vor diesem Hintergrund erfreulich, dass in den letzten Jahren bei den Attestausbildungen ein Ausbau realisiert werden konnte.

Dringend nötig war der von Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud initiierte Ausbau der Beschäftigungsprogramme. Letztere waren im Rahmen des SAR-Prozesses einer kurzfristigen Sparmassnahme zum Opfer gefallen. Im Gesundheitsbereich konnte mit der Versorgungsplanung zudem eine Folgearbeit aus dem Spitalversorgungsgesetz im Interesse einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung erfolgreich gestaltet werden. Dieses komplexe Projekt wurde von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion umsichtig angegangen.

1.7. Nachhaltige Politik III: Eine aktive und innovative Wirtschaftspolitik

Im Bereich der Wirtschaftspolitik stehen die zwei ersten Jahre der Legislatur 2006–2010 für eine aktive, innovative Wirtschaftspolitik, welche den Kanton Bern voranbringt. Dies ist namentlich auch deshalb zu betonen, weil die erstmalige Übernahme der Volkswirtschaftsdirektion durch ein Mitglied der SP bei der Direktionsverteilung 2006 zu einigem Aufsehen geführt hatte.

Im Frühling 2007 legte die Volkswirtschaftsdirektion die neue Wachstumsstrategie für den Kanton Bern vor. Wirtschaftswachstum ist dabei kein Selbstzweck. Vielmehr sollen durch Wachstum jene Mittel erwirtschaftet werden, die es dem Kanton ermöglichen, mehr soziale und ökologische Leistungen zu erbringen. Im Zentrum der neuen Wachstumsstrategie steht wiederum der Gedanke der Nachhaltigkeit. In den vier Handlungsfeldern Bildung, Innovation und Wirtschaft (1), Finanzen und Leistungen (2), Raumentwicklung und Gesamtmobilität (3) sowie Marke Kanton Bern (4) wurden 30 konkrete Massnahmen bestimmt, welche nun umgesetzt werden.

Im Bereich der Wohnpolitik gelang es dem Regierungsrat mit der Lancierung des Projekts ESP Wohnen, aber auch mit dem Bericht zur Initiative *Günstig Wohnen* und der Promotion des Wohnstandorts, den Kanton Bern zu stärken.

1.8. Fazit

Die rotgrüne Regierung macht ihre Arbeit ausgezeichnet, so dass es selbst für die Gegnerinnen und Gegner nicht einfach ist, sie zu kritisieren. Basis der erfolgreichen Regierungsarbeit ist das souverän und überlegt erledigte Tagesge-

schäft – verbunden mit einer langfristigen Strategie. Es ist augenscheinlich, dass ein offener Geist und eine gute Stimmung in den Regierungsrat Einzug gehalten hat. Neben dem Tagesgeschäft setzt die neue Regierungsmehrheit auch wichtige Akzente für eine zukunftsweisende Politik. Dank seiner undogmatischen Arbeitsweise findet der Regierungsrat dafür breite Zustimmung.

2. Der Ausblick

Auch in der zweiten Hälfte der Legislatur ist die Regierung des Kantons Bern den Grundsätzen der Nachhaltigkeit verpflichtet. Die politische Handschrift der Regierungsmehrheit von SP und Grünen bringt mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Ökologie, und setzt eine verantwortungsvolle Finanzpolitik um. In der Legislaturbilanz vom Jahr 2010 sollen über die bereits umgesetzten Veränderungen zusätzliche positive Entwicklungen für die breite Bevölkerung und für die Umwelt sichtbar sein.

SP und Grüne setzen für die zweite Legislaturhälfte folgende Schwerpunkte in den einzelnen Politbereichen:

2.1. Reformprozesse im Kanton Bern

- Die Umsetzung der Bezirksreform wird zügig vorangetrieben.
- Der Kanton unterstützt Gemeindefusionen.
- Die Bildung von Regionalkonferenzen wird gefördert.
- Den kalten Betten in den Toursimusgebieten (Lex Koller) und der Zersiedelung wird aktiv entgegen getreten.
- In der Juradebatte wird weiterhin die Politik der Zweisprachigkeit des Kantons Bern verfolgt.

2.2. Soziale Sicherheit, Gesundheit

- Bei der Umsetzung der NFA (Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs) werden keine Abstriche bezüglich Qualität in der Betreuung von Menschen mit Behinderung und alten Menschen gemacht.
- Es werden Massnahmen gegen die Prekarisierung der Arbeitswelt, die Jugendarbeitslosigkeit und die Lehrstellenproblematik umgesetzt.
- Es werden konkrete Massnahmen zur Armutsbekämpfung, insbesondere gegen die Familienarmut ergriffen.
- In die familienergänzende Kinderbetreuung werden zusätzliche Ressourcen investiert, damit die Angebote merkbar ausgebaut werden können und die Betreuungsqualität garantiert ist.
- Es werden Massnahmen für eine umfassende Integrationspolitik umgesetzt.

- Die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Dienstleistungen im Gesundheitsbereich ist garantiert. Veränderungsprozesse werden sorgfältig kommuniziert.
- Es werden griffige Bestimmungen zum Schutz vor dem Passivrauchen erlassen.

2.3. Wirtschaftliche Entwicklung und Standortpolitik

- Die Zentren funktionieren als Wirtschaftsmotoren für den ganzen Kanton. Die Grossregion Bern ist im Raumkonzept Schweiz als Metropolitanraum zu verankern. Die Umsetzung der neuen Wachstumsstrategie geht zügig voran und stärkt Bern als Wirtschaftsstandort.
- Der Regierungsrat hat ein überzeugendes Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik vorgelegt, dessen gezielte Realisierung die Regionen des Kantons stärken wird.
- Der Kanton Bern positioniert sich in der Abstimmungskampagne um die Personenfreizügigkeit klar für diese Reform und setzt sich unmissverständlich für die notwendigen Schutzmassnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sowie Schwarzarbeit ein. Er sorgt mit einer effizienten Arbeitsmarktaufsicht und einer funktionierenden Sozialpartnerschaft für das notwendige Vertrauen.

2.4. Energie- und Umweltpolitik

- Das revidierte Energiegesetz beruht auf den Grundsätzen der Energiestrategie mit der langfristigen Zielsetzung der 2000 Watt-Gesellschaft.
- Mit konkreten Massnahmen werden erneuerbare Energien und die rationelle Nutzung von Energie gefördert.
- Nachhaltige Projekte für den Hochwasserschutz werden umgesetzt.
- Der öffentliche Verkehr wird im Kanton gefördert, damit weitere Bevölkerungskreise vom motorisierten auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können. Insbesondere im Freizeitverkehr kann ein Umsteigeeffekt erreicht werden.
- Die Berner Wälder sollen nachhaltig genutzt und verjüngt werden. Dadurch kann mehr vom natürlich nachwachsenden, einheimischen und CO₂-neutralen Rohstoff Holz auf den Markt gelangen.

2.5. Öffentliche Sicherheit

- Für eine nachhaltige Sicherheit der Bevölkerung wird das Konzept einer bürgerInnennahen Polizei mit sichtbarer Präsenz priorisiert und von *Police Bern* umgesetzt.

- Im Bereich Jugendgewalt werden konkrete Massnahmen zu Prävention, Beratung, Sanktion und interdisziplinärer Zusammenarbeit umgesetzt.

2.6. Bildung und Kultur

- Die Umsetzung der Beschlüsse aus der Teilrevision des Volksschulgesetzes, insbesondere die Erhöhung des Tagesschulangebots, geht zügig voran.
- Die Totalrevision des Volksschulgesetzes beruht auf dem Grundsatz der Chancengleichheit und setzt notwendige Reformprozesse, wie die Basisstufe, in Gang.
- Die Sonderschulen werden als Teil der Volksschule organisiert.
- Der Kanton Bern investiert in ein breites Kulturangebot mit einem niederschweligen Zugang für die ganze Bevölkerung. Die Kulturvermittlung für Kinder und Erwachsene bekommt einen höheren Stellenwert.

2.7. Finanzen und Personal

- Der Kanton betreibt eine seriöse Finanzpolitik. Die Staatsfinanzen werden konsolidiert, so dass der neue Handlungsspielraum gezielt für eine nachhaltige Entwicklung im Kanton Bern genutzt werden kann.
- Bei den MitarbeiterInnen im Kanton Bern besteht ein Nachholbedarf bei den Löhnen. Darauf reagiert die Regierung angemessen und setzt entsprechende Massnahmen um.

Diese Schwerpunkte zeigen, dass auch für die zweite Legislaturhälfte noch einige Herausforderungen anstehen. Die SP und die Grünen sind zuversichtlich, dass es dem Regierungsrat mit seiner integrierenden Arbeitsweise gelingen wird, zukunftsweisende, ausgewogene Umsetzungsvorschläge vorzulegen. Die Parteien SP und Grüne werden alles daran setzen, diesen Vorschlägen im Parlament zum Durchbruch zu verhelfen.